

Pressemitteilung vom 15. Dezember 2022

## **Nein zum Selbstbestimmungsgesetz: DemoFürAlle veröffentlicht Positionspapier**

- DemoFürAlle veröffentlicht Positionspapier „Das Selbstbestimmungsgesetz: Folgen für Frauen und Kinder“.
- Das Positionspapier warnt vor den drohenden Auswirkungen des geplanten Gesetzes für Frauenschutzräume und Kinder mit Identitätskonflikten.
- DemoFürAlle ruft die Bundestagsabgeordneten dazu auf, gegen das Selbstbestimmungsgesetz zu stimmen.

*Magdeburg* – Die Aktion für Ehe & Familie – DemoFürAlle hat gestern ihr [Positionspapier „Das Selbstbestimmungsgesetz: Folgen für Frauen und Kinder“](#) veröffentlicht und an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestags geschickt. Das Positionspapier bietet die bisher einzige wissenschaftlich fundierte und umfassende Analyse der zu erwartenden negativen Auswirkungen des Selbstbestimmungsgesetzes.

Mit dem Positionspapier möchte DemoFürAlle die Bundestagsabgeordneten davon überzeugen, gegen das Selbstbestimmungsgesetz zu stimmen.

Zentrales Argument ist die Gefährdung von Kindern und Jugendlichen, die mitten in der Pubertät mit ihrem Geschlecht hadern. Durch eine voraussetzungslose Personenstandsänderung, wie sie das Selbstbestimmungsgesetz vorsieht, würden sie zu weiterführenden medizinischen Maßnahmen verleitet: Pubertätsblocker, gegengeschlechtliche Hormonpräparate und Operationen rufen Nebenwirkungen und irreversible Folgeschäden hervor, die im Erwachsenenalter oft bitter bereut werden.

Außerdem würden mit dem Selbstbestimmungsgesetz die Schutzräume für Frauen und Mädchen faktisch abgeschafft. Der voraussetzungslose Geschlechtswechsel könnte vorsätzlich auch mißbräuchlich von männlichen Straftätern für sexuelle Übergriffe genutzt werden. Die Verfolgung solcher Straftaten würde zudem durch das geplante Offenbarungsverbot des Personenstandswechsels noch massiv erschwert.

Hedwig v. Beverfoerde, Sprecherin von DemoFürAlle, erklärt dazu: „Es ist gut, daß in der medialen Debatte um das Selbstbestimmungsgesetz mehr und mehr Stimmen qualifizierte Kritik üben. Allerdings werden noch immer wichtige Fakten verschwiegen: Etwa dass in den vergangenen Jahren die Zahl der Kinder, die sich unvermittelt als Transgender outen, sprunghaft angestiegen ist. Vor allem Mädchen sind betroffen. Das Selbstbestimmungsgesetz würde diese besorgniserregende Entwicklung weiter anheizen. Unser Positionspapier schließt diese Informationslücke zum richtigen Zeitpunkt: Es soll den Bundestagsabgeordneten einen Überblick über die gefährlichen Folgen dieses neuen Gesetzes verschaffen und sie überzeugen, dagegen zu stimmen.“

Jüngsten Medienberichten zufolge soll ein Gesetzentwurf für das Selbstbestimmungsgesetz im ersten Quartal 2023 vom Bundeskabinett verabschiedet werden. Laut dem Eckpunktepapier, das die Bundesregierung im Juni 2022 veröffentlichte, soll das Selbstbestimmungsgesetz Kindern ab 14 Jahren ermöglichen, ihren Geschlechtseintrag in amtlichen Dokumenten zu ändern – mittels Selbstauskunft auf dem Standesamt, und notfalls mit Hilfe von Familiengerichten gegen den Willen ihrer Eltern.

Medienvertreter können sich für Rückfragen gern an Hedwig v. Beverfoerde (+49 / 172 / 8880198) wenden.

V.i.S.d.P.:  
Hedwig v. Beverfoerde  
Sprecherin Aktion für Ehe & Familie – DemoFürAlle  
Münchenhofstr. 33  
39124 Magdeburg  
Tel.: +49 (0) 172 / 8880198  
[www.demofueralle.de](http://www.demofueralle.de)